

Gesundheitskosten und **AHV** beschäftigen Liechtensteins Wähler

Zukunft Im Rahmen der Wahlumfrage des Liechtenstein-Instituts wurden auch die brennendsten Probleme des Landes abgefragt. Die Spitzenreiter sind deutlich: Die steigenden Gesundheitskosten, die **AHV**-Finanzierung und die Verkehrsproblematik.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Die Probleme, die den liechtensteinischen Wählern laut Wahlumfrage am wichtigsten erscheinen, decken sich grossteils mit jenen Zukunftsfragen, die das Land die vergangenen Jahre prominent beschäftigten und für die noch keine konkreten Lösungen vorliegen. Gleichzeitig sind es Themen, die den Grossteil der Bevölkerung direkt betreffen. So ist es wenig verwunderlich, dass den Wählern vor allem die eigene Zukunft und ihre Sicherheit im Sozialsystem Sorge bereitet. Konkret:

Die nach oben zeigenden Gesundheitskosten - deren Kontrolle in der vergangenen Legislatur immer wieder Thema war - sowie die Frage der Finanzierung der **AHV**. Ein Thema, das den alten Landtag in seiner letzten Sitzung beschäftigte und mit dem sich der neue Landtag in seinen ersten Sitzungen auseinandersetzen muss. Mehr als jede dritte befragte Person zählt mindestens einen der beiden Bereiche zu den drei drängendsten Problemen Liechtensteins. An dritter Stelle folgt die Verkehrsfrage. Eine Problematik, die wohl

vielen angesichts der vergangenen Sommer an der Urne gescheiterten «S-Bahn Liechtenstein» und der damit weiterhin offenen Frage konkreter Lösungsansätze noch frisch im Gedächtnis sein dürfte.

Pandemie an vierter Stelle

Bloss an vierter Position liegt hingegen die Coronapandemie, die zwar eine - im Vergleich zu den anderen Themen - jüngere Problematik darstellt, den Alltag der Bürger seit einem Jahr jedoch wohl am stärksten prägte. Nur jeder Vierte, erachtete die Pandemie als eines der drei

wichtigsten Problematiken, die das Land beschäftigten. Dennoch verdrängte sie «Umwelt, Klima und Energie», die nur 23 Prozent der Teilnehmer als wichtig erachteten auf Platz 5.

Kaum Anlass zur Sorge bereiten den Befragten die Beziehungen zur Europäischen Union (EU), die Regulierungsdichte sowie die Integration von ausländischen Staatsangehörigen. Ebenfalls nur selten erwähnt wurden in diesem Zusammenhang die Bereiche Flüchtlinge und Asylwesen, Arbeitslosigkeit und die öffentlichen Finanzen. **Seite 5**